

«Ein Abbau beim Personal ist falsch»

Die SRGSSR will über 200 Stellen abbauen. Und wie reagiert die Gewerkschaft? SSM-Zentralsekretär Stephan Ruppen antwortet.



Stephan Ruppen,
Zentralsekretär
SSM

gazette: Die SRGSSR hält an ihrem Plan, Stellen abzubauen, fest. Wie reagiert die Gewerkschaft?

Stephan Ruppen: Grundsätzlich stellen wir die Notwendigkeit dieses Abbaus in Frage und akzeptieren ihn nicht. Neben Entlassungen würde der Kahlschlag auch gravierende Auswirkungen auf Arbeitsbelastung und Gesundheit der MitarbeiterInnen haben. Das ist unverantwortlich. Gleichzeitig operiert die SRG in einem Schattenarbeitsmarkt, indem sie Arbeitskräfte über Temporäranbieter beschäftigt und fremdproduziert. Eine solche «Personalpolitik» ist unhaltbar.

Um wieviele Stellen geht es wirklich?

Die SRGSSR hat uns die Zahl von etwa 200 Stellen bestätigt.

Was stellt das SSM in Frage? Die SRGSSR weist doch ein Finanzloch von 160 Millionen aus.

Genau diese Zahl ist umstritten – und nach dem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle unserer Meinung nach erst recht. Die Zahl wird immer wieder anders begründet. Einmal ist es das RTVG, dann sind es steigende Sportrechte und höhere Investitionen. Falsch ist, den Abbau vor allem beim Personal durchzuziehen.

Falls die SRGSSR tatsächlich ein Finanzierungsproblem hat, kann sie nur beim Personal sparen, weil bei Radio oder TV letztlich alles personalrelevant ist. Oder sieht das SSM auch alternative Sparmöglichkeiten?

Die Sparmöglichkeiten in der SRG sind, wie im EFK-Bericht nachgewiesen, bereits weitgehend realisiert. Andere Beispiele in der Wirtschaft zeigen, dass man einen Betrieb auch zu Tode sparen kann. Deshalb erachte ich die Sparstrategie beim Personal als falsch. Die Einnahmen sind zu erhöhen. Das Problem liegt aber darin, dass die SRG keine Mög-

lichkeit hat, selber den Preis für ihre Leistungen marktgerecht zu erhöhen. Das macht die Politik. Wenn diese nicht bereit ist, den Preis für ihre Forderungen an die Leistung zu bezahlen, dann sind halt gewisse Investitionen nicht möglich. Das Prinzip des «Immer mehr für immer weniger Geld» bedeutet immer ein Profitieren zu Lasten der MitarbeiterInnen. Eine der gewerkschaftlichen Aufgaben ist es, diese Philosophie zu brechen.

Bestreitet das SSM, dass die SRGSSR durch den Ausbau des Angebots einen höheren Finanzbedarf hat?

Es ist richtig, dass die SRGSSR in den nächsten Jahren wegen ihrer Multimediastrategie oder technischen Investitionen (DAB) mehr Geld ausgeben muss. Die Frage ist, wie das zu finanzieren ist. Nicht wiederkehrende Kosten müssen durch Abbau des Eigenkapitals oder eine vernünftige Fremdfinanzierung gedeckt werden. Für jährlich wiederkehrende Kosten ist eine entsprechende Gebührenerhöhung durchzusetzen. Allerdings weigert sich die SRG, dem SSM offen zu legen, was wiederkehrende und was einmalige Kosten sind. Damit bleibt der Verdacht, dass mit dem Personalabbau auch befristete Investitionen finanziert werden sollen.

Die SRGSSR führt an: Durch das RTVG, notwendige Investitionen, höhere Programm-Rechte usw. sei auf die nächsten Jahre eine Unterfinanzierung zu erwarten.

Erstens wäre eine befristete Unterfinanzierung über ein paar Jahre nicht der Weltuntergang. Sie rechtfertigt keinen Stellenabbau in dieser Höhe. Zweitens ist es Aufgabe des Managements bei jenen Personen das Geld einzufordern, welche die Mehrkosten verursachen. Das nennt man Verursacherprinzip. Bezahlt der Verursacher nicht, wird die Leistung nicht erbracht. Das bedeutet: Die SRG

hat für eine kostendeckende Gebührenerhöhung zu kämpfen. Stellen zu streichen, bevor feststeht, wie hoch die Kompensationsleistungen für das RTVG sein werden, nennt man vorausseilenden Gehorsam.

Die SRGSSR will diesen Stellenabbau trotz der SSM-Bedenken durchziehen. Was macht das SSM?

Persönlich bin ich der Meinung, dass wir mehrgleisig fahren müssen. Es ist ganz wichtig, dass die Politik, der Preisüberwacher und vor allem die Konsumenten nachvollziehen können, dass die SRGSSR eine Gebührenerhöhung braucht. Dann muss die SRGSSR begreifen, dass ein Stellenabbau die falsche Strategie ist. Das ist sehr kurzfristig gedacht, denn die Arbeit nimmt ja nicht ab, Personenengpässe sind vorprogrammiert. Noch mehr Dienstplanänderungen, noch mehr Verletzungen gegen Arbeitsgesetz und Verordnung sind nicht tolerierbar. Die Strategie der Finanzierung durch Stellenabbau zwingt uns zu Massnahmen wie das Einschalten der kantonalen Arbeitsinspektorate, Aufkündigung von Vereinbarungen oder Klagen zur Einhaltung der Gesetze und des GAV. Entscheiden wird das SSM über solche Massnahmen an seiner Delegiertenversammlung im Juni.

Wir das Personal bei Aktionen mitmachen?

Davon gehe ich aus. Nichts machen und darauf hoffen, dass man nicht zu den Opfern der nächsten Jahre gehören wird, wäre eine Vogel-Strauss-Politik. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Beispiele erlebt, bei denen sich Widerstand gelohnt hat. Ich zähle darauf, dass Bereitschaft und Verständnis für Arbeitskampfmassnahmen zunehmen. Bedingung ist, dass die damit verbundenen Forderungen gerecht und nachvollziehbar sind. ◀ *Interview: Philipp Cueni*